Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 12

Artikel: Ein neuer Anlauf zum demokratischen Sozialismus : Rede am ausserordentlichen Parteitag der SPS 1981

Autor: Strasser, Johano

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339773

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Johano Strasser

Ein neuer Anlauf zum demokratischen Sozialismus

Rede am ausserordentlichen Parteitag der SPS 1981

Spätestens seit Hegel neigen wir Deutschen dazu, hinter allen unseren Auftritten — zumal im Ausland — einen tieferen, «historischen» Sinn zu vermuten. Was also, so fragte ich mich, mag wohl der tiefere Sinn hinter der Entscheidung der Schweizer Genossen gewesen sein, zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgerechnet einen deutschen Sozialdemokraten zum Referat auf ihren Parteitag einzuladen? Die Antwort, auf die ich nach längerem Grübeln verfiel, war diese: Wir deutschen Sozialdemokraten haben mit dem Export unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik unter dem Markenzeichen «Modell Deutschland» in der Vergangenheit bei unseren ausländischen Genossen hier und da erhebliche Verwirrung gestiftet; nun ist es unsere Aufgabe, durch das schonungslose Aufdecken unserer Irrtümer eine Art Wiedergutmachung zu leisten.

Gültige Patentrezepte zur Überwindung der gegenwärtigen Krise haben wir nicht anzubieten. Aber ein wenig Stolz ziehen wir noch aus dem Umstand, dass wir *exemplarisch in der Klemme* sitzen: Sind unsere Irrtümer auch gross und zahlreich, so sind sie doch zugleich lehrreich, lehrreich vor allem für eine Partei, die in dieser krisengeschüttelten Zeit daran geht, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben.

Unser Grundsatzprogramm stammt wie das der SPS aus dem Jahre 1959. Kein Wunder, dass es in Teilen heute überholt ist. Aber bereits Ende der 60er Jahre, als wir erstmals in der Bundesrepublik an die Regierung kamen, stellte sich heraus, dass es als Leitlinie sozialdemokratischer Politik nicht genügte, Anfang der 70er Jahre begannen wir schliesslich mit der Erarbeitung eines Langzeitprogramms, das eine Art Verbindungsglied zwischen dem Grundsatzprogramm und den jeweiligen Wahlprogrammen darstellen sollte. Der erste Entwurf, 1973 dem Parteitag vorgelegt, war eine Art Regierungsprogramm für 3 bis 4 Wahlperioden. Der Wachstumsoptimismus war noch ungebrochen. Aus immer kräftiger sprudelnden Steuereinnahmen gedachten wir im Laufe der Zeit alle sozialen Aufgaben zu finanzieren. Politik reduzierte sich weitgehend auf die richtige Verteilung der Staatsquote, und die glaubten wir noch erheblich steigern zu können.

Schon dem Parteitag der SPD 1973 in Hannover wurde bei dieser euphorischen Perspektive schwindelig. Eine neue Kommission wurde eingesetzt. Sie erarbeitete einen völlig neuen Entwurf, der in vielem nüchterner, aber auch politischer war. Schliesslich wurde 1975 der nun bescheidener «Orientierungsrahmen 85» genannte Text einstimmig beschlossen. Seitdem ist er in unserer Partei fast völlig vergessen: bei den Pragmatikern, weil sie Parteiprogramme im Grunde für überflüssig oder gar störend halten; bei den Vordenkern, weil ihnen auch die endgültige Fassung des Orientierungsrahmens noch allzu sehr von der technokratischen Politik der Verteilung ökonomischer Zuwächse geprägt war. Aus diesen Erfahrungen lässt sich eine Lehre ziehen: Bevor man sich die Köpfe heiss diskutiert, lohnt es sich, zunächst darüber zu diskutieren, welchen Stellenwert das Programm überhaupt für die politische Praxis haben soll. Soll es Auftrag sein und Massstab, an dem die tägliche Praxis der Partei und ihrer Mandatsträger gemessen wird, oder geht es hier nur um eine Beschäftigungstherapie für unruhige Parteiintellektuelle, die auf diese Weise davon abgehalten werden sollen, sich in die praktische Politik einzumischen?

Ich glaube, dass wir ganz handfesten Anlass dazu haben, uns unserer programmatischen Grundlagen neu zu versichern, ja, das auch unter den Pragmatikern in unseren Parteien die Neigung, sich mit alternativen Konzeptionen zu befassen, gewachsen ist, weil allzu offensichtlich die alten Konzepte versagen. Jedenfalls gilt dies für das Land, aus dem ich komme, und für die Partei, der ich angehöre.

Am Wendepunkt

Nach meiner Auffassung stehen wir an einem Wendepunkt sozialdemokratischer Politik. Das, was wir über Jahrzehnte hinweg für den Inbegriff des Fortschritts gehalten haben: hohes wirtschaftliches Wachstum, Steigerung der Konsummöglichkeiten, Ausbau staatlicher Daseinsvorsorge, Verfügbarmachung des jeweils Neue-

sten auf dem Markt der technischen Möglichkeiten, — all dies ist wegen der unbedachten Folgen für Mensch und Natur ins Gerede gekommen. Bange Fragen stellen sich ein: Gilt auch in Zukunft, was über eine lange Periode zutreffend zu sein schien, dass nämlich der technisch-ökonomische Fortschritt unseres Typs mit humanem Fortschritt Hand in Hand geht? Stimmen die Massstäbe überhaupt noch, mit denen wir gemeinhin Fortschritt messen?

Fortschrittskrise

Diese Fragen stellen sich ein zu einem Zeitpunkt, da fast überall auf der Welt die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wachsen, die Arbeitslosigkeit steigt, die Finanzierung der öffentlichen Leistungen gewaltige Probleme aufwirft. Kein Wunder, dass die sozialdemokratischen Parteien von der Fortschrittskrise und der wachsenden Fortschrittsskepsis besonders betroffen sind. Die Sozialdemokratie ist in vielen Ländern Europas *die klassische Fortschrittspartei.* Wie kaum eine andere Partei setzten die Sozialdemokraten auf die technisch-ökonomische Rationalität unseres Typs als Basis des humanen Fortschritts. Ihr klassisches Politikmodell, das ökonomische Wachstumsförderung mit dem Mittel indikativer Wirtschaftssteuerung und Ausbau des Sozialstaats verband, war dem konservativen überlegen, weil es durch eine angemessenere Verteilung ökonomischer Zuwächse die Gesellschaft besser zu befrieden verstand.

Heute sind sämtliche Voraussetzungen dieses einst so erfolgreichen sozialdemokratischen Politikmodells fraglich geworden. Durchschnittliche Wachstumsraten von 4 Prozent und mehr liegen ausserhalb jeder Wahrscheinlichkeit. Das Verhältnis von Aufwand und Nutzen bei den grossen (staatlichen und privaten) Leistungssystemen sinkt ständig weiter ab. Das Modell der Daseinsvorsorge kommt u.a. von der Finanzierungsseite her in arge Schwierigkeiten. Gleichzeitig erleben wir, dass sich bei breiten Schichten der Bevölkerung, vor allem in den jüngeren Generationen, ein Wertwandel vollzieht, dass sich neue gesellschaftliche Bewegungen herausbilden (Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, neue Jugendbewegung), die andere Massstäbe für eine humane Gesellschaft geltend machen, als wir sie über Jahrzehnte hinweg für unumstritten hielten.

Immer mehr Menschen fühlen sich durch anonyme Grossorganisationen, durch die erdrückende Allgegenwart der grossen Konzerne, durch das enge Geflecht staatlicher Reglementierungen an der Selbstentfaltung gehindert. Sie erleben, wie ihnen (im Wortsinne!) die Zukunft verbaut wird, wie sie in eine wachsende Abhängigkeit von zentralen Versorgungssystemen geraten, wie eine wahnsinnige Eskalation der Rüstung die Wahrscheinlichkeit eines alleszerstörenden dritten Weltkriegs ständig erhöht. Sie misstrauen den Profi-Politikern, den Experten, den staatlichen Institutionen, trauen ihnen nicht mehr zu, die drohenden Katastrophen abzuwenden. Wenn sie nicht resignieren, versuchen sie sich selbst zu helfen, werden aktiv in Bürgerinitiativen, in formellen Gruppen, Demonstrationen, stemmen sich gegen die destruktive Dynamik unserer Gesellschaft, kämpfen für ein wenig Spielraum zu selbstverantwortlicher Lebensgestaltung.

Ideologie-Dealer

In der Regel kommen dabei die Sozialdemokraten ebenso in die Schusslinie wie alle anderen etablierten Kräfte. Gewohnte Zuordnungen von «links» und «rechts» geraten zunehmend durcheinander. Dies schafft eine höchst unübersichtliche Situation. Und weil die Lage unübersichtlich ist und Unsicherheit und Angst sich ausbreiten, wittern auch die Ideologie-Dealer aller Schattierungen ihre Chance. In der gegenwärtigen wirtschaftlich-sozialen Krise, die zugleich eine *Krise unserer industrialistischen Lebensweise* und ihrer Normen ist, kommt der Arbeiterbewegung, und der Sozialdemokratie im besonderen, eine grosse Verantwortung zu: Sie (wer denn sonst?) muss zusammen mit den betroffenen und verunsicherten Menschen *neue glaubwürdige Orientierungslinien* für eine gesellschaftliche Entwicklung erarbeiten, die den Frieden sichert, die Freiheit erhält und nach Möglichkeit erweitert, mehr Gerechtigkeit schafft und menschliches Zusammenleben in *Solidarität und Eigenverantwortlichkeit* ermöglicht.

Die Konservativen wollen auf ihre Weise aus den Problemen bei der Finanzierung der öffentlichen Leistungen und aus der wachsenden Skepsis der Bürger gegenüber dem Staat Kapital schlagen. Landauf, landab preisen sie die «Privatinitiative» als Alternative zu öffentlicher Verantwortung, fordern sie den Abbau angeblich überhöhter Sozialleistungen und im gleichen Atemzug die weitere Begünstigung privater Profitmacherei, möchten sie uns weismachen, dass die «unsichtbare Hand» des Marktes, alles zum Besten kehre. Dieser *Uraltliberalismus,* der heute unter verschiedenen Etiketten wieder aufgetischt wird, ist nicht nur längst historisch widerlegt. Er ist auch Ausdruck einer zynischen Menschenverachtung; denn er läuft darauf hinaus, dass in der Krise die Armen zahlen und die Reichen kassie-

ren. Wenn diese Politik aber — was zumeist der Fall ist — mit einem Kurs der Konfrontation zwischen den Grossmächten und der hemmungslosen Aufrüstung verbunden ist, dann wird sie unmittelbar lebensbedrohend.
Dass wir als demokratische Sozialisten uns einer solchen menschenfeindlichen Politik widersetzen, versteht sich von selbst (oder sollte sich von selbst verstehen). Die Frage ist aber: Haben wir eine überzeugende Alternative anzubieten? Und: Besitzen wir als Sozialdemokraten die politische und persönliche Glaubwürdigkeit, diese durchzusetzen? Unsere klassische Methode — künstliche Nachfragesteigerung durch öffentliches Schuldenmachen — funktioniert nur bei kurzfristigen Wachstumseinbrüchen. Heute haben wir es aber mit langfristigen Stagnationserscheinungen zu tun, und die Aussicht, in absehbarer Zeit wieder so hohe Wachstumsraten zu erreichen, dass wir die sich anhäufenden Staatsschulden zurückzahlen und gleichzeitig die (selbst bei gleichbleibendem Leistungsniveau) steigenden laufenden Ausgaben bestreiten können, besteht nicht.

Radikal werden

Die Lage ist also ernst, so ernst, dass vielleicht sogar Sozialdemokraten, die ja für ihre Vor- und Umsicht berühmt sind, sich gezwungen sehen könnten, radikal zu werden, d.h. den sozialen und ökologischen Übeln an die Wurzel zu gehen. Ich halte eine solche *mit Vor- und Umsicht gepaarte Radikalisierung* unserer Politik für notwendig, wenn wir unseren eigenen Grundwerten treu bleiben wollen. Konkret gesprochen heisst dies: Wenn wir auf absehbare Zeit nicht mehr mit hohen ökonomischen Zuwächsen rechnen können, dann wird die Frage einer gerechteren Verteilung, insbesondere einer Angleichung der Einkommen, umso dringender. Dies heisst weiterhin: Wenn uns die sozialen und ökologischen Folgen unserer Wirtschaftsweise über den Kopf wachsen, dann ist die Frage unabweisbar, wie wir der Wirtschaft durch eine funktionsgerechte Demokratisierung soziale und ökologische Vernunft beibringen können.
Diese alten sozialistischen Forderungen — Angleichung der Einkommen und demokratisierung der Wirtschaft — sind keineswegs veraltet. Vielmehr lassen sie sich auch aus den wachsenden und erst neuerdings richtig verstandenen ökologischen und sozialökologischen Gefährdungen begründen. Denjenigen unter den Alternativen und radikalen Ökologen, die für die traditionelle Arbeiterbewegung nur noch ein Achselzucken übrig haben, sei gesagt: *Die Überwindung des Mensch und Natur zerstörenden Industrialismus impliziert notwendig den Bruch mit dem Kapitalismus; und dieser wird ohne die organisierte Macht der Arbeiterbewegung nicht möglich sein.*

Freilich: Wir sollten uns auch in diesem Punkte vor Selbstgerechtigkeit hüten. Fast überall in Westeuropa hat sich die Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten mit dem Kapitalismus arrangiert, und wo sie noch eine andere Wirtschafts- und Sozialordnung im umfassenden Sinne anstrebte, waren die eigenen Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus zumeist statistisch verzerrt und von Wachstumsfetischismus geprägt. Dass viele Menschen den Verdacht hegen, Sozialdemokraten wollten nur die Profitbürokraten der grossen Konzerne durch Staatsbürokraten ersetzen, kommt nicht von ungefähr.

Tragödie der Dritten Welt

Besonders dornig werden die Probleme, wenn wir den Blick auf jenen Teil der Welt erweitern, den wir gewöhnlich die Dritte Welt nennen. Jahrzehntelang haben wir uns mit dem Gedanken beruhigt, die Völker der Dritten Welt würden auch einmal die Segnungen des Wohlstandes geniessen können, wenn unsere technisch-ökonomische Entwicklung ungehindert weiterlaufe und sie unserem, dem von uns gebahnten Weg folgten. Heute kann sich niemand mehr darüber täuschen, dass unser Wohlstand zu einem nicht unerheblichen Teil auf der Ausbeutung der Dritten Welt beruht, dass die Ressourcen der Erde es niemals zulassen werden, die Völker der Dritten Welt auf unser Wohlstandsniveau zu heben. Sind wir bereit, daraus Konsequenzen zu ziehen? Werden wir die Kraft aufbringen, Solidarität auch dort zu üben, wo mehr als nur wohlmeinende Worte verlangt werden? Wenn wir zum Kurswechsel nicht bereit und in der Lage sind, wenn wir uns aus kurzsichtig egoistischen Überlegungen in eine Interessengemeinschaft begeben mit den grossen Konzernen, die die Dritte Welt nach ihren Profitgesichtspunkten erschliessen, wird das Elend in der Dritten Welt weiter wachsen, werden viele Millionen von Menschen in den 80er und 90er Jahren den Hungertod sterben, werden wir — ob wir es wahrhaben wollen oder nicht — mitschuldig werden an der grössten Tragödie, die die Menschheit in ihrer Geschichte erlebt hat.

Wir haben allen Anlass, unsere Zielvorstellungen kritisch unter die Lupe zu nehmen und zu korrigieren, wo sie korrekturbedürftig sind. In vielen Fällen wird dies bedeuten, dass wir verschüttete oder verdrängte Elemente unserer eigenen Ge-

schichte neu beleben müssen. Die SPS tut dies mit dem Konzept der Selbstverwaltung, ein Konzept, das in der Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen in den unterschiedlichsten Ausprägungen eine Rolle gespielt hat. Dies geschieht aber auch ausserhalb unserer Parteien, wo die Frage der Aufhebung der Entfremdung im Arbeitsprozess wieder ernst genommen, wo wieder vermehrt mit genossenschaftlichen Organisationsformen experimentiert wird. Nicht weniges von dem, was heute in der Alternativbewegung geschieht, knüpft — bewusst oder unbewusst — an verschüttete und verdrängte Traditionen der Arbeiterbewegung an.

Neu und alt verbinden

Ich glaube, dass wir demokratischen Sozialisten in dieser Zeit vor allem die Aufgabe haben, die alten sozialen und emanzipatorischen Anliegen der Arbeiterbewegung mit den neuen ökologischen und sozialökologischen Bestrebungen zu verbinden. Darum dürfen wir uns nicht in falsche Alternativen, wie sie so oft die politische Diskussion beherrschen, einsperren lassen. Wir haben uns nicht zu entscheiden zwischen Ökonomie *oder* Ökologie, zwischen Vollbeschäftigung *oder* Umweltschutz. Vielmehr sollten wir deutlich machen: *Nur ökologisch vernünftige Arbeitsplätze sind wirklich zukunftssichere Arbeitsplätze;* nur eine Wirtschaft, die es vermeidet, ihre eigenen natürlichen und sozialen Grundlagen zu untergraben, kann wirklich Anspruch auf ökonomische Rationalität erheben.

Wie die freiheitliche Synthese zwischen sozialer und ökologischer Vernunft im einzelnen aussehen kann, das werden wir erst durch gemeinsames Nachdenken und durch soziale Experimente erfahren. Dennoch kann man schon jetzt einige Wegweiser für ein solches Nachdenken und eine solche experimentierende Praxis aufstellen. Wir werden in Zukunft den Akzent der Politik und der gesellschaftlichen Entwicklung verlagern müssen:

- von der Fixierung auf Quantitäten zur stärkeren Berücksichtigung der Qualitäten
- vom bequemen Sowohl-als auch zur klaren Prioritätensetzung
- von der Verschwendung zum Sparen und Wiederverwenden
- von der reaktiven Bedarfsdeckung zur (vorbeugenden) gesellschaftlichen Bedarfsregulierung
- von der Kapitulation vor einer sich quasi-natürlich entwickelnden Technik zur Steuerung der Technikentwicklung nach sozialen und ökologischen Kriterien
- von der steigenden Abhängigkeit von Fremdleistungen zu mehr selbstorganisierter Problemlösung
- von der Selbstverwirklichung durch Konsum zur Selbstverwirklichung durch selbstbestimmte Praxis, oder weniger akademisch: weniger konsumieren, dafür menschlicher arbeiten
- vom individualistischen Egoismus zu mehr Solidarität und Konsens
- von der Überzentralisierung und Anonymität zur Reaktivierung der Nahbereiche und zur Teildezentralisierung unserer Institutionen und Leistungssysteme.

Ich sage Akzentverlagerung, weil wir es lang nicht immer mit einem harten Entweder-Oder zu tun haben. In den meisten Fällen dürfte das Optimum in der richtigen Verbindung verschiedener Elemente und Organisationsprinzipien zu suchen sein. Dies gilt auch für die neuerdings wieder so nachhaltig erhobene Forderung nach Dezentralisierung. Ich meine, wir sollten als Sozialdemokraten das Berechtigte an dieser Forderung aufgreifen, aber auch *Modetorheiten aus der anarchistischen Mottenkiste entschlossen entgegentreten.* In vielen Bereichen ist Dezentralisierung um der Erhaltung und Erweiterung demokratischer Mitwirkungschancen notwendig. In anderen Bereichen — man denke nur an die gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung — fehlt es uns aber an übergreifender Koordinierung. Wir dürfen nicht vergessen, dass ohne gesamtgesellschaftliche Regelungen und Institutionen und ohne vielfältige gestaltende Eingriffe des Staates, der Forderung nach möglichst gleichwertigen Lebenschancen für alle nicht genügt werden kann und sich die soziale Produktivität der kleineren Einheit nicht entfalten und erhalten lässt.

Zur neuen Gesellschaft

Mit der Arbeit am neuen Grundsatzprogramm hat die SPS einen neuen Anlauf genommen zum altjungen Ziel des demokratischen Sozialismus, wohl wissend, dass mit einer solchen Orientierung nicht nur Freunde zu gewinnen sind. Aber Konflikte sind für uns unvermeidbar. Die bequeme Politik des Sowohl-als-auch, an die wir uns alle so sehr gewöhnt haben, ist nicht mehr machbar, die relativ konfliktfreie Verteilung hoher ökonomischer Zuwächse funktioniert nicht mehr. Wir kommen um konfliktträchtige Entscheidungen nicht mehr herum, um Entscheidungen, die an privilegierte Interessen und altehrwürdige Besitzstände rühren.. Je länger wir diese Entscheidungen hinauszögern und uns an alte Illusionen klammern, umso mehr wächst die Gefahr, dass unsere eigene soziale Basis zerbröckelt,

dass wir zwischen dem aggressiven Neokonservatismus à la Reagan und Thatcher und den neuen Basisbewegungen zerrieben werden. In diesem schwierigen Konfliktfeld müssen wir unseren Standpunkt neu bestimmen, nicht um gegen Kritik rechthaberisch darauf zu beharren, sondern um von ihm aus fortzuschreiten zu einer neuen Gesellschaft der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität und der integralen Humanität.
Aber vergessen wir nicht: Auch die besten Konzepte werden politisch nichts oder nicht viel bewegen können, wenn es uns nicht gelingt, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, für die und mit denen wir Politik machen wollen. Glaubwürdigkeit ist nicht nur eine Frage der Moral, sie ist auch eine unerlässliche Voraussetzung, ohne die wir politisch ohnmächtig bleiben. Nur wenn wir Sozialdemokraten unsere Prinzipien in unserer eigenen Lebensführung, im Umgang miteinander und mit Aussenstehenden einlösen, wenn wir *nicht nur sozialdemokratisch reden, sondern auch sozialdemokratisch leben* — nur dann werden wir jene überzeugen können, die uns heute mit (nicht immer unbegründetem) Argwohn betrachten. Nur dann werden wir eine wichtige, vielleicht eine entscheidende Rolle spielen können, in dem Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung, der notwendig ist, um die drohende militärische, ökologische und soziale Katastrophe abzuwenden.
(Diese Rede musste aus Platzgründen leicht gekürzt werden.)

Horst Hartmann

Bundesrepublik oder Bananenrepublik?

Die Friedensbewegung bestimmt die Zukunft

Friedensbewegung, Pazifismus, Neutralismus, Antiamerikanismus lauten je nach politischem Standort die neuen Schlag- und Reizworte, mit denen eine tiefgreifende Veränderung der politischen Atmosphäre in der Bundesrepublik begonnen hat. Weite Kreise sehen in der aggressiven Aufrüstungspolitik, die zu Unrecht als «Nachrüstung» verharmlost wird, eine Erhöhung der Kriegsgefahr. Massgebende Vertreter Washingtons haben wiederholt erklärt, die eigene Rüstung so lange anzukurbeln, bis die Sowjetunion wirtschaftlich nicht mehr in der Lage ist, mitzuhalten und politisch vor der amerikanischen Übermacht kapituliert.
Doch zunächst wollen sich die USA zur Beruhigung ihrer europäischen Verbündeten strikt an den umstrittenen Nato-Doppelbeschluss halten und dem Osten faire Abrüstungsangebote unterbreiten. Gleichzeitig haben aber namhafte Politiker keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass in Europa in jedem Fall neue atomare Mittelstreckenraketen stationiert werden. Wie sollen angesichts dieser Vorbehalte Abrüstungsgespräche zum Erfolg führen? Der ohne Konsultation europäischer Verbündeter erfolgte Produktionsbeginn der Neutronenwaffe — sie kann innerhalb von zehn Stunden gefechtsbereit im Grenzgebiet in Stellung gebracht werden —, zeigt den Ernst der militärischen Situation. Die USA kalkulieren in ihrer Politik offenbar einen auf Europa begrenzten Atomkrieg ein und die Expansionsgelüste der Sowjetunion, die ihren Einfluss in Afrika ständig erweitert hat und in Afghanistan mit ihren Truppen einmarschierte, dient dabei als willkommenes Alibi. Der Teufel soll mit Beelzebub vertrieben werden.

Ruhe ist nicht mehr die erste Bürgerpflicht

Wer in der Bundesrepublik nach alter Untertanensitte dem Staatsoberhaupt vertraut, mag ruhig weiterschlafen. Bundespräsident Karl Carstens hält die Bergpredigt zwar für eine «Mahnung zur Gewaltlosigkeit», doch für verantwortungsbewusste Politiker sieht er in der Bibel keine Richtschnur. Diese prägmatische Auffassung teilen übrigens auch zahlreiche Sozialdemokraten. Der prominenteste unter ihnen dürfte Bundeskanzler Helmut Schmidt sein. Er setzt auf die Abrüstungsgespräche und lehnt eine einseitige Abrüstung des Westens ab. Diese Haltung wird von der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung geteilt, vermutlich denken die meisten Anhänger der Friedensbewegung nicht anders.
Auch namhafte Theologen sehen in Worten des Neuen Testaments keine Anweisungen für politische Entscheidungen. Das bedeutet jedoch nicht, dass es sich bei der Friedensbewegung um einen wilden Haufen religiös motivierter Schwärmer handelt, die einem unerfüllbaren Wunschtraum nachjagen. Aber die Kluft zwischen Politikern, die häufig mit taktischen Winkelzügen eine immer fragwürdigere Sicherheitspolitik im Rahmen der Nato befürworten und jenen Bürgern, die sich